



I.

Bezirksausschuss des 18. Stadtbezirkes  
Untergiesing-Harlaching  
Herrn Clemens Baumgärtner  
BA-Geschäftsstelle Ost  
Friedenstr. 40  
81660 München

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum  
09.07.2019

**Tempo 30-Zone in der Stilfser-Joch-Straße – kenntlich machen  
durch Markierungen etc.**

**BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 06286 des Bezirksausschusses  
des Stadtbezirks 18 – Untergiesing - Harlaching vom 21.05.2019**

Sehr geehrter Herr Baumgärtner,

wir kommen zurück auf den Antrag des Bezirksausschusses 18 vom 21.05.2019 und teilen  
dazu nach Einholung einer Stellungnahme der Kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ)  
Folgendes mit:

Der Antrag zielt darauf ab, Maßnahmen zu ergreifen, die bereits bestehende  
Geschwindigkeitsbeschränkung in der Stilfser-Joch-Straße (Tempo 30-Zone) besser kenntlich  
zu machen.

Die Stilfser-Joch-Straße ist bereits Teil einer Tempo 30-Zone.  
Nach den einschlägigen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung erfolgt die  
Kennzeichnung der Tempo 30-Zonen am Beginn und Ende der Zone durch die Zeichen 274.1  
und 274.2 StVO (Beginn und Ende der Zone mit zulässiger Höchstgeschwindigkeit).  
Am Anfang ist das Verkehrszeichen so aufzustellen, dass es bereits auf ausreichende  
Entfernung vor dem Einfahren in die Zone wahrgenommen werden kann. Dazu kann es  
erforderlich sein, dass das Zeichen von Einmündungen oder Kreuzungen abgesetzt oder  
beidseitig aufgestellt wird.  
Von der beidseitigen Aufstellung der Tempo 30-Schilder zur Verdeutlichung  
(Torbogenwirkung) wurde bereits an der Einfahrt in die Zone in der Gufidauner Straße,  
südwestlich Tegernseer Landstraße, Gebrauch gemacht.

Eine wiederholte Aufstellung der Tempo 30-Schilder im Straßenverlauf ist nicht zulässig.

Seit einigen Jahren ist es zwar möglich, die Fortdauer der Zonen-Anordnung in **großen Zonen** durch das Aufbringen von „30“ auf der Fahrbahn zu verdeutlichen. Allerdings wird vom Kreisverwaltungsreferat von einer generellen Anwendung dieser Maßnahme abgesehen, zumal im Stadtgebiet derzeit über 400 Tempo 30-Zonen bestehen und aus Konsequenzgründen dann überall „30“ abmarkiert werden müsste. Andernfalls würde eine im Einzelfall aufgebrachte Bodenmarkierung oder Beschilderung dazu führen, dass der Kraftfahrer in unmarkierten Straßenteilen des Zonengebietes annimmt, hier gelte keine Tempobegrenzung.

Im Interesse der Einheitlichkeit und Klarheit einer Zonenkennzeichnung kann nur in ganz besonders gelagerten und durch Stadtratsbeschluss genau festgelegten Fällen eine weitere Kennzeichnung der 30 km/h-Zonen außerhalb des Eingangsbereiches einer Zone in Betracht gezogen werden.

Nach einem Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 11.06.2002 wurde festgelegt, dass in Tempo 30-Zonen eine punktuelle und einzelfallbezogene Markierung „30“ auf der Fahrbahn im Bereich vor Grund – und Hauptschulen sowie Kindergärten vor allem in den Fällen vorgesehen werden kann, wo diese verkehrsaufsichtliche Maßnahme wegen der strukturellen Besonderheiten erforderlich ist, wie z. B. bei schmalen Gehwegen vor den jeweiligen Objekten.

Des Weiteren ist auch eine Markierung „30“ in Straßen mit Vorfahrt (Zeichen 301 StVO) geboten, sofern die Radarmessungen eine über dem Durchschnitt in Tempo 30-Straßen liegende Beanstandungsquote ausweisen.

Keine der genannten Voraussetzungen liegen hier vor.

Hinzu kommt die gesetzliche Regelung, wonach die Verkehrsteilnehmer nach § 39 Abs. 1a StVO innerhalb geschlossener Ortschaften abseits der Vorfahrtsstraßen (Zeichen 306 StVO) mit der Anordnung von Tempo 30-Zonen rechnen müssen. Damit besteht beim Befahren solcher Straßen eine Verpflichtung zu erhöhter Aufmerksamkeit.

Bei mehreren Ortsbesichtigungen konnten wir in der Stifser-Joch-Straße ein vergleichsweise nur sehr geringes Verkehrsaufkommen (4 Fahrzeuge/h) feststellen.

Die KVÜ teilte uns mit, dass bei mehreren Probemessungen nahezu keinerlei ahndbare Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt wurden.

Eine Aufnahme in das regelmäßige prioritätsorientierte Messprogramm war damit nicht zu rechtfertigen.

Wir bitten um Verständnis, dass unter den derzeit gegebenen Voraussetzungen keine weiteren Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde angezeigt sind.

Der Antrag des Bezirksausschusses ist somit satzungsgemäß erledigt.

Mit freundlichen Grüßen